

"Der Fourier"-Leser schreiben

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Der Fourier : offizielles Organ des Schweizerischen Fourier-Verbandes und des Verbandes Schweizerischer Fouriergehilfen**

Band (Jahr): **68 (1995)**

Heft 5

PDF erstellt am: **05.08.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Währungsabsicherung im Zusammenhang mit der F/A-18-Beschaffung:

Tatsachenwidrige Aussagen

emd. Die Absicherung des Dollarkurses im Zusammenhang mit dem Kauf der F/A-18-Flugzeuge liegt in der Zuständigkeit der Eidgenössischen Finanzverwaltung. Diese hat im Juni 1993 in eigener Verantwortung rund 2,12 Mrd. Dollar zu einem Kurs von unter

Fr. 1.50 gekauft. Die Erklärung von Nationalrat Helmut Hubacher (SP) in der «Arena» des Schweizer Fernsehens, wiederholt in einem Interview in der «Sonntags-Zeitung», wonach «das EMD 726 Millionen verloche», ist deshalb krass tatsachenwidrig.

Das EMD und die UFOS

Von Zeit zu Zeit wird das Eidgenössische Militärdepartement (EMD) mit der Behauptung konfrontiert, es besitze Informationen über UFOS, sogenannte unidentifizierte fliegende Objekte. Aus irgendwelchen Gründen halte es diese Informationen aber zurück. Diese Behauptung ist falsch.

emd. Das EMD stellt seine Akten – wie die anderen Departemente auch – dem Bundesarchiv zur Verfügung, sobald sie nicht mehr benötigt werden. Nach Ablauf der gesetzlichen Sperrfrist sind sie für Forschungszwecke offen zugänglich. Darüber bietet die Eidgenössische Militärbibliothek ihre Literaturbestände interessierten Personen an. Das Kommando der Flieger- und Fliegerabwehrtruppen (KFLF) hat Informationen zum Thema UFOS erteilt und seine Unterlagen offengelegt.

Tatsache ist, dass sich, wie in zahlreichen anderen Ländern auch, verschiedene Amtstellen in- und ausserhalb des EMD im Rahmen der laufenden Lagebeurteilung in der Vergangenheit für aktuelle Fragen zu interessieren hatten, seien diese nun begründet gewesen oder nicht. Sie hatten deshalb die gelegentlich gemeldeten Informationen gesammelt und ausgewertet. Die Geschichte dieser Bemühungen zu recherchieren ist Aufgabe der wissenschaftlichen Forschung.

Ihr stehen dazu im erwähnten Rahmen die Quellen im Bundesarchiv sowie die Literatur der Militärbibliothek zur Verfügung.

Das EMD hat keinen Grund, an die Existenz von UFOS zu glauben, oder hinter diesem Phänomen eine Gefahr für die Sicherheitspolitik zu vermuten. Deshalb werden heute keinerlei Mittel für Nachforschungen in diesem Bereich eingesetzt. Ebensowenig stehen Mittel für die historische Aufarbeitung dieser gelegentlichen Sammel-, Melde- und Auswertetätigkeit im Zusammenhang mit UFOS bereit.

Verordnung über den Psychologisch-Pädagogischen Dienst der Armee

Gezielte Hilfe

p.b. Der Bundesrat hat auf den 1. Mai 1995 eine Verordnung über den Psychologisch-Pädagogischen Dienst der Armee (PPD) in Kraft gesetzt. Damit hat er für diesen neuen Dienst des Stabes der Gruppe für Ausbildung im Eidgenössischen Militärdepartement (EMD) die gesetzliche Grundlage geschaffen. Der PPD ist ein Beratungsinstrument für militärische Kommandanten, insbesondere von Rekrutenschulen. Er bietet bei menschlichen Krisen- und Belastungssituationen von Armeegehörigen gezielte Hilfe an. ■

«Der Fourier»-Leser schreiben

Das EMD auf Schleuderkurs

Edwin Hofstetter¹, Frauenfeld, Mitglied der Aktion Freiheit und Verantwortung.

Einmal mehr stehen wir im Vorfeld zweier militärpolitischer

Abstimmungen im Jahre 1996. Der Bundesrat lehnt die beiden nächsten Versuche zur Schwächung der Armee und unserer Industrie, die Militär-Halbierungs- und die Exportverhinde-

rungs-Initiativen der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (SPS) ab. Das Parlament und das Volk sollen dazu noch den Segen geben. Die Initiative «Für weniger Militärausgaben und mehr Friedenspolitik» könnte wegen fehlender Einheit der Materie nach dem Ständerat

auch vom Nationalrat für ungültig erklärt werden.

Als Gegenvorschlag zur SPS-Initiative «Für ein Verbot der Kriegsmaterialausfuhr» legt der Bundesrat eine Totalrevision des Bundesgesetzes über das Kriegsmaterial (KMG) vor. Bürgerliche Parteien, zahlreiche Kantone, Spitzenverbände sowie massgebliche Kräfte von Gewerbe und Wirtschaft lehnen mit seltener Einmütigkeit diese Revision ab. Aufgrund des präsentierten aber unnötigen Vorschlages scheint mir die Annahme richtig, dass Vernehmlassungen heutzutage für die Regierung nur noch Alibiübungen sind. Das gültige KMG hat sich bewährt. Nachgewiesene Lücken könnten mit Teilrevisionen behoben werden. Eine Totalrevision ist schon darum weder notwendig noch dringlich, weil der Bundesrat keinen Nachweis von groben Lücken vorlegen kann. Ich werde den Eindruck nicht los, dass kleinliche Angst die Bundes-Berner-Politik bestimmt und man glaubt, nur mit einer massiven Verschärfung des KMG die Exportverhinderungs-Initiative der Linken bodigen zu können. Dabei haben die radikalen Forderungen dieser Initiative mit dem totalen Verbot der Waffenausfuhr samt der sogenannten Dual-Güter wohl kaum Chancen, von Volk und Ständen angenommen zu werden. Es kämen dabei auch mindestens 15 000 Arbeitsplätze unter den Hammer.

Willkür und Beamtenherrschaft statt Deregulierung

Problematisch ist bei der vom Bundesrat vorgeschlagenen Totalrevision des KMG vor allem auch der Einbezug der Bereiche Optik, Simulatoren und andere Ausbildungsmittel sowie die Produkte der Werkzeugmaschinen- und Textilindustrie. Mit dieser Verschärfung würde der Standort

Schweiz für eine Anzahl von spezialisierten Firmen unhaltbar. Durch den Abbau oder Verlagerungen würden nach seriösen Schätzungen der Wirtschaft über 7500 Arbeitsplätze verlorengehen. Unhaltbar ist der weite und diffuse behördliche Ermessensspielraum für Bewilligungen. Dazu sind die Kriterien rein aussenpolitisch orientiert. Bewilligungen für unsere Exportschaffenden würden der reinen Willkür einzelner Beamter ausgesetzt sein. Ich meine, dass wir auf dem besten Weg sind, ein totaler Beamtenstaat zu werden und mit einer Flut von Gesetzen die Wirtschaft strangulieren und immer mehr Juristenfutter produzieren.

Verschleierung der Abschaffung in Raten

Die von der SPS zur Unterstützung ihrer Initiative ins Ausland vergebene Expertise über eine halbierte Armee scheint mir als verbaler Rauchschleier dazu gedacht, die im Wahljahr unbequem gewordene armeefeindliche Position zu verdecken. Erkennbar wird das Unbehagen auch durch eine im vergangenen Jahr gemachte Erklärung von SP-Ständerat Gian Reto Platter. (WoZ, 21.1.94): «Ich muss ehrlich sagen, dass ich über diese Initiative nicht mehr so glücklich bin wie seinerzeit, als wir sie lanciert haben. Wenn die Schweiz auch ohne unsere Initiative spart, wird die Halbierung immer härter.» Vordringlich will man bei der SPS wohl Argumente gegen den Vorwurf bereithalten, die Partei betreibe wiederum eine Armeeabschaffung in Raten. Vergessen wir nicht, dass die SPS - mehr oder weniger offen - die Gruppe Schweiz ohne Armee (Abschaffung 1989, Abschaffung in Raten - gegen F/A-18 und neue modernere Ausbildungsplätze 1993) unterstützte.

Generell basiert die in Bonn fabrizierte Expertise auf unrealistischen Annahmen und klammert unbequeme Dinge aus. Man gibt sich betont milizfreundlich und verkennet, dass eine Armee von 150 000 Angehörigen im Alter von bis 30 Jahren keine Milizararmee von Bürgern und Soldaten mehr ist. Der Vorschlag gleicht eher einer billigen Kopie einer Wehrpflichtarmee mit Reserve gemäss ausländischen Mustern. Dass sowohl die SPS als auch der gut bezahlte deutsche Soziologe Lutz Unterseher offensichtlich gar nichts von Miliz verstehen, wird dadurch belegt, dass ihr Vorschlag die Verbundenheit von Armee und Volk zu schwächen und bei der vorgeschlagenen halbierten Armee '95 auf den Einsatz zugunsten ziviler Behörden und zur Katastrophenhilfe verzichten will.

EMD kriecht der SPS auf den Leim

Die Sicherheitspolitik der SPS bleibt aber auch widersprüchlich, weil sie eine nochmals drastisch verkleinerte, dafür hochgerüstete, moderne Armee verlangt. Die Initiative zur Halbierung der Militärausgaben lässt aber genau diese Modernisierung nicht zu und würde so eine glaubwürdige Landesverteidigung verunmöglichen. Alle haben diese Widersprüche und Absichten der SPS erkannt. Nur das Eidgenössische Militärdepartement (EMD) kriecht der SPS prompt auf den Leim und findet das bestellte Gutachten diskussionswürdig. Als willkommenere Unterstützung für die SPS scheint mir auch die wiederholte Erklärung von Bundesrat Villiger zu sein, die Armee könne weiter verkleinert werden. Ich bin davon überzeugt, dass konsequentes Durchsetzen und sinnvolle Korrekturen der Armee '95 jetzt entscheidend sind. Ein weiteres Lavieren unserer Regierung und des EMD könnte

diejenige Kräfte der Miliz vor den Kopf stossen, die Villiger 1993 zu spektakulären Erfolgen bei den Armeeabstimmungen (F/A-18 und Waffenplätze) verholten haben.

¹ Edwin Hofstetter ist Chefredaktor des «Schweizer Soldat»

«Der Fourier» 4/95

Die Stellungnahme des Informationschefs EMD zum Leserbrief von Dr. Heller enttäuscht mich. Obwohl Regierungspartei, steht die SPS oder zumindest eine

beachtliche Anzahl nicht zu vernachlässigender Exponenten dieser Partei, seit Jahrzehnten mit unserer Landesverteidigung, deren eines der sichtbaren Bilder eben die Armee ist, auf Kriegsfuss. Das Wort Kampf wird von den im Fahrwasser der SPS gleitenden Gewerkschaften weit mehr genannt als von der Armee, wenn auch auf anderer Ebene. In Sachen Landesverteidigung war die SPS nie ein verlässlicher Partner und wird es wohl nie werden. Die von der SPS in Auftrag gegebene Studie, die nun letztlich von ihr getragen wird, mag bestechen und eventuell auch Militärsachverständige aus unseren Reihen überzeugen.

Nach meiner Einschätzung geht es der SPS hier aber nicht um eine sachbezogene Angelegenheit, vielmehr sehe ich ein Ablenkungsmanöver; ihre Strategie bleibt nach wie vor dieselbe. Sollte sich nämlich die GSoA doch noch zu einer weiteren Runde mit Ziel Abschaffung der Armee durchringen können, würde die SPS zweifellos wieder an vorderster Front kämpfen, um der Initiative zum Durchbruch zu verhelfen. Die Beteiligung an der Regierungsmitverantwortung ist ihr auf Jahre hinaus so oder so gesichert.

Four René Holzer, Muri

Für Sie gelesen

Armee reform: Militärische Einquartierungen

Entschädigungen angepasst

Die WK-Sperre infolge der Arbeiten für die Armee reform '95 ist aufgehoben, die WK-Zeit beginnt. Mit Erfolg hat der SWV (Schweizerische Wirte-Verband) die Anpassung der Zimmer-, Logis- und Truppenunterkuntftsentschädigungen für die Einquartierung von Armeeangehörigen per 1995 erwirkt.

Gegen Ende 1994 hat der Bundesrat der Erhöhung der Zimmer- und Logisentschädigungen um 6,5 Prozent auf den 1. Januar 1995 zugestimmt. Das heisst, die Mehrwertsteuer (MWSt) zum Normalersatz ist in den Entschädigungen inbegriffen. Hingegen ist die MWSt in den Truppenkantonements-Entschädigungen nicht inbegriffen. Steuerpflichtige Logisgeber können die MWSt an Hand der Abrechnungen mit der Truppe und unter Angabe ihrer MWSt-Nummer beim Oberkriegskommissariat (OKK) zurückfordern.

Erfolgreiche Argumentation

In der ersten Jahreshälfte 1994 teilte das OKK dem SWV mit, dass

die Ansätze für militärische Einquartierungen auf den 1. Januar 1995 nicht angepasst würden. Als Begründung wurde auf die Lage der Bundesfinanzen hingewiesen. Nachdem dann das Parlament einen reduzierten Satz für die Hotellerie abgelehnt hatte und somit feststand, dass auch das Logement einer MWSt von 6,5 Prozent unterliegt, forderte der SWV, dass die Entschädigungen für die militärischen Einquartierungen entsprechend anzupassen seien. Es sei inakzeptabel, dass der Bund allen Hotelgästen die MWSt aufokturiere, sich selber aber für seine Gäste um die Bezahlung drücken wolle. Dieser Argumentation folgten sowohl OKK und Bun-

desrat und beschlossen eine Entschädigungserhöhung um 6,5 Prozent.

Hans Peyer, Vizedirektor SWV,
Leiter des wirtschaftspolitischen
Dienstes
Aus «Schweizer Gastronomie»

Die Ansätze

SWV. Die Höchstansätze der ortsüblichen Zimmerpreise, inkl. MWSt, betragen 1995 für Offiziere, höhere Unteroffiziere und einzelne weibliche Angehörige der Armee:

- für ein Zimmer mit Dusche- oder Badbenützung auf der Etage Fr. 38.40;
- für ein Zimmer mit eigener Dusche oder Bad Fr. 42.60. Dazu kommen Fr. 2.50 für jede effektive Heizungsnacht.

Bei Einquartierungen bis zu vier Nächten erhöhen sich die obengenannten Zimmerentschädigungen um 25 Prozent. Weitere Informationen können dem «ABC für militärische Entschädigungsfragen» entnommen werden. Dieses ist zum Preis von Fr. 22.40 zu beziehen beim Verlag SWV, Tel. 01 377 52 25.